

Vierzig Jahre Konsum im Osten

„Der Sozialismus siegt – aber Neckermann macht’s möglich ...!“ Von der Wunderwirtschaft und ihren Produktionen

Wie noch nie in der Geschichte sollten sich Konsummöglichkeiten und -niveau für das Verhältnis zweier Gesellschaftssysteme als so schicksalhaft erweisen wie im Fall der beiden Teile Deutschlands nach 1948/49. So sehr ansteigendes Warenangebot und bald auch anziehender Lebensstandard in der Bundesrepublik spätestens ab Mitte der fünfziger Jahre dazu führten, die Verhältnisse auch politisch zu stabilisieren, so prekär und problematisch blieben Versorgung und Konsum im Osten. Ja, sehr viel mehr als es ihr lieb war, sollten die Lebensverhältnisse der Menschen im angrenzenden Teil Westdeutschlands den politischen Handlungsspielraum der SED-Führung beeinflussen und letztendlich, 1989, sogar das Schicksal der DDR als Staat (mit-)besiegeln.

Dem sich im Westen durch die marktwirtschaftliche Dynamik von Angebot und Nachfrage entfaltenden Massenkonsum versuchte die SED mit den genuinen Mitteln einer Zentralverwaltungswirtschaft zu begegnen. Schließlich führte der höhere Lebensstandard in der Bundesrepublik Jahr für Jahr zur Abwanderung von deutlich mehr als 200 000 – zumeist jungen – Menschen aus der DDR. Unter diesem Druck traf die SED eine ganze Kette konsumpolitischer Entscheidungen, die, solange es bis 1961 noch eine offene Grenze gab, im Zeichen erbitterter Konkurrenz den Wettlauf mit der Bundesrepublik zu gewinnen suchten, nach dem Mauerbau zwar schnell konsolidierenden, in der Spätphase des Systems aber nur noch kompensierenden Charakter hatten.

Schon mit der Einführung der Währungsreform in den Westzonen und Westberlin am 20. Juni 1948 teilten sich die Wege: Von diesem Zeitpunkt an sollte „der Osten“ in der Rolle des Reagierenden bleiben. Denn von diesem Tage an wurde der Unterschied schon in der Alltagswahrnehmung festgeschrieben. Von nun an reichte ein einziger Blick in ein Schau-

fenster aus, um sich zu vergewissern, in welcher Besatzungszone man sich befand. Wie sehr Währungsreform und volle Schaufenster als Provokation begriffen wurden, zeigte sich schon vier Tage später, am 24. Juni. Die exponierte Insellage der Stadt ließ die „Strafaktion“ ebenso risikolos wie erfolgversprechend erscheinen: Sowjetische Militärkräfte blockierten die durch die Ostzone führenden Landwege in die Stadt – Westberlin war von seinem „Hinterland“ abgeschnitten, die Versorgung von fast zwei Millionen Menschen nicht mehr gewährleistet. Das schöne neue Westgeld sollte für sie also nicht Konsum, sondern Überlebensangst bedeuten. Aber West-Berlin 1948 war nicht Leningrad 1941, das seinerzeit von Hitlers Wehrmacht belagert und zu Tode gehungert worden war. Fortan schwebten im Minutentakt die US-„Rosinenbomber“ in die Flughäfen Tempelhof und Tegel ein, und sie lieferten (fast) alles: vom Brennmaterial bis hin zu Süßigkeiten. Erst im Mai 1949, nach zehn langen Monaten und durchgestandenem Winter, sah die sowjetische Besatzungsmacht ein, dass sie Willen und Möglichkeiten des Westens gegenzuhalten unterschätzt hatte, und hob die Blockade auf. Die Luftbrücke hatte erreicht, dass die vollen Schaufenster der „Frontstadt Westberlin“ zum Pfahl im Fleische des anderen Systems wurden, es bis zum 13. August 1961 blieben – und letztlich auch darüber hinaus.

Keine Frage: Im Osten wie im Westen war politische Stabilität anfangs der fünfziger Jahre aufs Engste mit dem möglichst glaubwürdigen Versprechen eines „besseren Lebens“ für die Menschen verknüpft. 1950 führte eine DDR-Propaganda-Broschüre aus: „Es kann nicht geschehen, dass wir vom richtigen Weg abkommen, denn der Zweijahrplan und für die nächsten Jahre der Fünfjahrplan sind unser bester Kompass. Das bessere Leben aber spiegelt sich nicht in Schaufensterauslagen wider,

1950: An ihren Schuhen sollt ihr sie erkennen – die Systeme

„Es muss für jeden Aktivist eine Ehre sein, nur Qualitätsarbeit zu leisten!“ Doch mit dieser Ehre stand es in der sozialistischen Schuhindustrie nicht zum Besten. Am 18. Januar 1950 berichtet das „Neue Deutschland“ (ND) unter der Überschrift „Bessere Schuhe für Berlin“ von den Bemühungen des Magistrats, „jegliche Produktion von Schundwaren“ auf diesem Sektor abzustellen. Hintergrund: Den Ostberlinern sind beim ersten Regen die Sohlen abgefallen. Aber trotz aller Beteuerungen der SED: „Die Versorgung unserer Bevölkerung mit Schuhen wird in Qualität und Auswahl immer reichhaltiger!“ (Neues Deutschland vom 25. Oktober 1950) kriegen die Genossen ihre Absatz-Schwierigkeiten nicht in den Griff. Ein geflügeltes Wort der 50er Jahre: „Willst du Schuh' aus Igelit, dann wähle Wilhelm Pieck – willst du Schuhe auf Dauer, dann wähle Adenauer!“ /158/

(Quelle: Barbara Möller: *Kalter Krieg und Tortenguss*, aus: *Hamburger Abendpost* vom 11.1.1999)



/158/ Aus der Not geboren: Schuhe aus dem Kunststoff Igelit (1948). Anfang 48, Messe Frankfurt GmbH 1985

sondern muss auf dem soliden Fundament einer gesicherten Zukunft aufgebaut werden.“

Indessen waren die Voraussetzungen dafür in der DDR denkbar schlecht. Während im Westen die Wiederherstellung industrieller Strukturen – auch durch die Marshallplanhilfe der USA – zügig voranschritt, verhinderten in der DDR Demontagen und Reparationen seitens der Sowjets ja gerade den Aufbau einer leistungsfähigen (Versorgungs-)Wirtschaft! Hinzu kamen Rohstoffabhängigkeiten und die durch die Kriegsfolgen fortgefallenen alten Absatzmärkte. Und trotz all dieser belastenden Vorgaben wollte man in kürzester Frist ein neues Gesellschaftssystem errichten, den ersten sozialistischen Arbeiter-und-Bauern-Staat auf deutschem Boden!

Natürlich war dies nicht ohne die Wiederherstellung der industriellen Basis und die deutliche Erhöhung der Arbeitsproduktivität möglich. Einig war man sich in der Parteiführung darüber, was bzw. wer Garant volkswirtschaftlicher Produktivität sei: Unproduktiv war der auf eigenen Gewinn (aber auch eigenes Risiko!) privatwirtschaftlich vorgehende Unternehmer. Politisch wurde er als ein „Werkzeug des Imperialismus und Militarismus“, sozial als ein Vertreter der Ausbeuterklasse der „Schlotbarone und Junker“, ein Parasit an der Arbeitsleistung des Volkes, diskreditiert. Folglich hieß die Devise, alles Privateigentum an Produktionsmitteln abzuschaffen und in Volkseigentum zu überführen. Ließen sich denn nicht auch – nach der Überzeugung des Politbüros – unternehmerische Entscheidungen besser in einer zentralen Verwaltung und zudem viel gerechter zum Wohle des Volkes treffen? Produktiv war doch auch niemand anders als der Arbeiter selbst – der Bergmann Adolf Henneke zum Beispiel, der in seiner berühmten Schicht im Oktober 1948 sein Plansoll um 384 Prozent übererfüllt hatte. Mit Hilfe solcher „Helden der Arbeit“ ließ sich im „sozialistischen Wettbewerb“ doch auch spielend jener Fortschritt an Produktivität erzielen, der unter kapitalistischen Bedingungen nur aus der Konkurrenz sich befeindender Unternehmen erwuchs! Für die Bevölkerung der DDR freilich bedeutete dies, dass zunächst vor allem gearbeitet und kaum konsumiert werden sollte – getreu der Parole: „So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben!“

Doch der Umgang mit planwirtschaftlichen Sollvorgaben nach sowjetischem Muster war auch für die DDR-Führung Neuland. So folgten einem Zwei-Jahres-Plan zwei Fünf-Jahres-Pläne, diesen ein Sieben-Jahres-Plan. Doch immer wieder wurden die Pläne geändert, abgebrochen oder durch scheinbar effektivere Modelle wie das „neue ökonomische System der Planung und Leitung (NÖSPL, 1962)“ ersetzt – schon weil sich Rahmenbedingungen, Bedarf oder Ziele ja auch kurzfristig änderten. Stets blieb man auf der Suche nach dem richtigen Rhythmus, dem optimalen Zyklus, den man nie fand. Denn letztendlich dienten alle noch so kühnen Vorgaben der Verwaltung des Mangels. Suchte man in den frühen fünfziger Jahren der Lösung aller Versorgungsprobleme über die Bevorzugung der Grundstoffindustrie

